



Der zerrissene Osten und die gelungene Wiedervereinigung

Joachim Sauer

Man kommt nicht daran vorbei, dass in der DDR die sozialistische Kaderpolitik das Leistungsprinzip bei der Stellenbesetzung, nicht nur von Professorenstellen, systematisch ausgehöhlt hat. Damit wurden viele Menschen aus den Universitäten ausgeschlossen und demotiviert. Der personelle Neuanfang nach der Wende war alternativlos.

◆ Ziel der SED war es, alle Führungspositionen in der DDR und alle Stellen, die einen Hochschulabschluss erforderten, mit Personen zu besetzen, die der Partei treu ergeben und dem Sozialismus verpflichtet waren. Was diese sozialistische Kaderpolitik in der Praxis bedeutete, und dass die SED das letzte Wort bei Berufungen hatte, zeigt exemplarisch das Schicksal von Reiner Radeaglia (1937–2003).¹⁾ Der Kontakt zu diesem hochgebildeten und scharfsinnigen Physikochemiker war für mich ein wichtiger Halt. Zu ihm ging ich, wenn ich etwas wissen-

schaftlich diskutieren wollte, das über spezielle quantenchemische Fragen hinausging, aber auch um zu beraten, was zu tun sei, wenn die Staatssicherheit zu einem „Gespräch“ geladen hatte.

In einem Brief vom Februar 1991 an einen Kollegen in Merseburg beschreibt Radeaglia, in welchem starkem Maß politische Gründe Berufungen in den DDR-Hochschulen beeinflussten. In Radeaglias Fall war es zunächst die Beurteilung aus der Akademie, die seine Berufung verhinderte: „Es ist ihm jedoch ... nicht gelungen, sich einen Klassenstandpunkt

anzueignen. Darum muss bezweifelt werden, ob er der gesellschaftlich erzieherischen Funktion als Hochschullehrer gegenüber den Studenten gerecht werden kann“. Später war es die Weigerung, den Kontakt zu einem „alten ‚West-Onkel‘, dem ich sehr verpflichtet war“ abzubrechen.

Die Stasi an der Uni

◆ Gestützt wurde die SED-Herrschaft durch die Staatssicherheit, das „Schild und Schwert der Partei“. Manchmal führte diese der Einfach-

Karikatur zur deutschen Wiedervereinigung von Antonio Maia aus dem Jahr 1990. (Haus der Geschichte, Bonn; Copyright: VG Bild-Kunst, Bonn 2010)

heit halber wie im Fall von Hans-Sieghart Petras gleich selbst die Berufung durch.

Im kürzlich publizierten Buch von Werner Stiller, eines Stasi-Hauptmanns, der im Jahr 1979 in den Westen flüchtete, ist eine lange MfS-Liste von Rückrufen abgedruckt.²⁾ Zurückgerufen wurden zwar noch nicht enttarnte, aber doch gefährdete Spione. Auf Seite 163 steht: „Dr. Petras, Hans-Sieghart – Genosse der Partei seit 1976, 15 Jahre operative Zusammenarbeit, Produktionsdirektor bei Hoechst Holland (Vlissingen) Monatsgehalt 10.500,- Brutto ... Einsatz: als ordentlicher Professor für Chem. Technologie an der TH Merseburg ab 01.02.79; Beratungsvertrag mit dem Chemiefaser-Kombinat Schwarza ist in Bearbeitung ...“ Man erfährt also neben den Verdiensten, die zur Berufung führten, auch gleich etwas über die Berufungszusagen. Nach sechs Jahren in Merseburg wurde Petras dann an die HU Berlin „um-berufen“.

Auf direkten Befehl von außen erfolgte auch die Berufung des „Offiziers in besonderen Einsatz“ Klaus-Dieter Schleinitz³⁾ zum Professor an der Sektion Chemie der Humboldt-Universität. Der (parteilose) Sektionsdirektor Hans-Georg Henning, von dem die Universitätsleitung die Durchführung der Berufung verlangte, trat daraufhin aus gesundheitlichen Gründen von seinem Amt zurück.

So unterstützend die Staats-sicherheit in manchen Fällen war, so ablehnend war sie in anderen. Angela Merkel berichtet, wie sie als junge Physikerin im Jahr 1978 als Assistentin an der Universität in Ilmenau anfangen wollte. Nach einem sehr unangenehmen Vorstellungsgespräch wurde sie in einen Raum geführt, in dem Stasi-Leute warteten. Von ihren Eltern hatte sie gelernt, bei einem Anwerbeversuch gleich zu sagen, dass sie den Mund nicht halten könne und immer alles weitererzählen müsse. Damit war der Anwerbeversuch schnell beendet: „Die Stelle in Ilmenau habe ich nicht bekommen.“

R. Radeaglia
Analytisches Zentrum Berlin
Rudower Chaussee
Berlin
0-1199

Herrn
Merseburg

,20

Berlin, 3.2.91

Lieber

da wollte ich mich eigentlich aus der Vergangenheitsbewältigung, soweit sie meine eigene Person angeht, heraushalten, weil die Berührung der alten Wunden noch immer schmerzt und mein zwar notdürftig repariertes aber eben doch stark lädiertes Herz Emotionen schlecht verträgt.

obgleich es mir nicht nur wegen der o.g. Gründe schwer fällt, eigenes Erleben darzustellen, und außerdem ein Beispiel kein Beweis ist (altes jüdisches Sprichwort), will ich versuchen, einiges zur Klärung der Kontroverse aus meiner Sicht und meinem Erleben beizutragen.

Es ist sicher richtig, daß an der Sektion Chemie der THLM im Gegensatz zu anderen Chemiesektionen der ehemaligen DDR nur wenige Fehlberufungen vorgenommen worden sind. Schildert also der Tenor Deiner Aussage die frühere (und heutige) Situation an Eurer Hochschule richtig? Ich glaube es nicht! Die dem damaligen politischen System geschuldete Verbogenheit der Hochschullehrer war bei den SED-Genossen wie auch bei Parteilosen in gleicher mehr oder weniger versteckter Weise vorhanden. Das ist kein ungerechter Vorwurf eines selbstgerechten Außenstehenden, der sich selbst zum Richter gegenüber alter Freunde und Kollegen erhoben hat. Es ist eine Feststellung eines über eine längere Zeit zur Unperson erklärten, der in der Situation des Verleumdeten einen großen Freiraum gewonnen hatte und damit kaum selbst in die Versuchung oder den Zwang ideologischer Verrenkungen gelangen konnte (Gnade der böswilligen Verleumdung).

Lieber , Du hast in Deinem Brief festgestellt, daß ich von der Akademie zu Unrecht beschuldigt worden bin! Eigentlich kann ich ja auf die damaligen Vorwürfe, daß ich keinen gefestigten Klassenstandpunkt hätte, für das Streikrecht eintrete, die führende Rolle der Arbeiterklasse anzweifeln, die Nord-Süd-Konflikte langfristig für wichtiger als die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus halte, aus heutiger Sicht stolz sein. Damals, d.h. im Jahre 1975, verhinderte diese Beurteilung meine Berufung zum ordentlichen Professor an Eurer Hochschule. Ich habe trotzdem damals eine nebenamtliche Lehr- und Forschungstätigkeit bei Euch zu sehr bescheidenen Bedingungen aufgenommen, weil mich die Arbeit gereizt hatte und insbesondere weil mir der damalige Sektionsdirektor () eine baldige Revision meiner politischen Beurteilung



Reiner Radeaglia

Abb. 2. Reiner Radeaglia erlebte massive Behinderungen seiner wissenschaftlichen Karriere. Der vollständige Brief unter www.gdch.de/taetigkeiten/nch/down/unvbei.htm.

Selbsterneuerung nicht möglich

◆ Wer nach dem 9. November 1989 an wirklich konkurrenzfähigen Universitäten in einer freien und demokratischen Gesellschaft interessiert war, durfte nicht auf eine Selbsterneuerung des Universitätspersonals hoffen. Eine solche Selbsterneuerung wäre auch nicht denen gerecht geworden, die im Frühjahr 1989 keine Stelle an einer Hochschule hatten, weil sie wegen kirchlicher Bindungen kein Abitur machen durften, oder denen, die ihren Studienplatz verloren, weil sie sich im obligatorischen Marxismus-Leninismus-Unterricht provozieren ließen, auch nicht denen, die nach zermürbendem Warten auf die Ausreise oder nach riskanter Flucht schließlich im Westen ankamen, und oft ohne Aussicht auf eine Wiederaufnahme der Universitätslaufbahn beispielsweise Pharmaberater wurden.

Der Linksparteifunktionär und damalige SED-Genosse Gregor Gysi sagte neulich im Fernsehen: „Die Macht lag damals auf der Straße, man brauchte sich nur zu bücken, um sie aufzuheben.“ Die Mehrheit der Ostdeutschen (auch ich) wollte nicht, dass er sie aufhebt, und wir wollten auch nicht, dass seinesgleichen die Führung in den Universitäten übernimmt. Wir wollten, dass dieser Prozess durch demokratisch gewählte Landesregierungen kontrolliert wird, und so ist es auch geschehen.

Beispiel Humboldt-Universität

◆ Wie erfolgte die Auswahl an der Humboldt-Universität Berlin? Die Sektion Chemie folgte dem im Dezember 1990 ergangenen Aufruf der Universitätsleitung zur Selbsterneuerung und zur Bildung einer „Personal- und Strukturkommissionen“.⁴⁾ Der von den Mitgliedern des Fachbereichs ge-

heim gewählten Kommission gehörten vier Hochschullehrer (alle keine SED-Mitglieder), drei Vertreter des Mittelbaus, ein technischer Mitarbeiter und zwei Studierende an. Dazu kamen drei Professoren aus dem Westen (auswärtige wissenschaftliche Mitglieder).

Das neue Personal finden

◆ 32 Hochschullehrer hatten Unterlagen eingereicht, 27 davon waren Mitglieder der SED. Bei 14 äußerte die Kommission Bedenken gegen eine weitere Tätigkeit als Hochschullehrer, jedoch nur bei fünf davon empfahl sie die Kündigung. Ausschlaggebend war, ob die Berufung auf direkten Einfluss von außen (Staatssicherheit) erfolgte, wie bei Petras und Schleinitz, oder auf völlig unzureichenden wissenschaftlichen Leistungen beruhte, wie bei den drei anderen. „Stasiunterschriften“ spielten damals noch keine Rolle (und so war auch der Rektor Heinrich Fink noch im Amt) und SED-Mitgliedschaft oder formale „Staatsnähe“ schon gar keine, auch wenn es um Personen ging, die manchem Studierenden wegen ihrer offensiv vertretenen Parteidoktrin schon Angst eingeflößt hatten.

Ein großes Problem war allerdings, dass die Stellenausstattung an den ostdeutschen Hochschulen bezogen auf die Studierendenzahlen sehr viel besser war als im Westen. Wer sich bei Begegnungen mit westdeutschen Hochschullehrern auch für deren Probleme interessiert hatte, wusste das. Angesichts des gigantischen Finanztransfers wäre es verfehlt gewesen, für den Osten eine bessere Ausstattung zu verlangen. So kam es, dass die Planungen des Berliner Senats für die Chemie der Humboldt-Universität Berlin zunächst von etwa 22 C4- und C3-Professuren ausgingen. Nach gravierenden Einsparungen im Berliner Haushalt, die zum Abbau von Chemie-Planstellen an allen Berliner Universitäten führte, wurden schließlich 18 Professuren für eine Neubesetzung ausgeschrieben.

Die Auswahl traf nun eine Struktur- und Berufungskommission,⁴⁾ in der drei gewählte (und vom Senator

bestätigte) Hochschullehrer der HU-Chemie tätig waren, sowie drei vom Senator berufene West-Kollegen. Sie machten von Anfang an klar, dass politische Überzeugungen oder Parteimitgliedschaften keine Rolle spielen würden, sondern nur Leistungen in Forschung und Lehre und die Anforderungen einer leistungsstarken Chemie. Auf Grund ihrer wissenschaftlichen Autorität und Kommissionserfahrung konnten diese Kollegen frei von Eigeninteressen nach der besten Lösung für die Humboldt-Universität suchen. Dabei verstand es diese Kommission schon, die unterschiedlichen Bedingungen zu berücksichtigen, wenn es galt, die Bewerbung eines verdienten Stelleninhabers mit einer nicht so eindrucksvollen, aber soliden Publikationsliste und hervorragender Lehre gegen die eines jüngeren Kollegen aus dem Westen, der die Möglichkeiten der internationalen Spitzenforschung erfolgreich genutzt hatte, abzuwägen.

Die Mehrzahl, 11 der 18 Stellen, wurden mit Ostbewerbern besetzt.⁴⁾ Neun kamen aus der Sektion Chemie (davon fünf SED-Mitglieder, einschließlich eines ehemaligen Parteisekretärs, der auch als Sektionsdirektor fungierte), zwei kamen aus aufgelösten Instituten der Akademie. Zwei weitere ehemalige Dozenten (beide SED-Mitglieder) besetzten Mittelbaustellen: Der eine mit einer unabhängigen Forschungsgruppe wie ein Hochschullehrer, der andere als idealer akademischer Oberrat, der vor wie nach 1989 höchstes Ansehen bei Studierenden und Lehrenden genoss. Niemand wäre auch nur im Entferntesten auf die Idee gekommen, ihm seine formale Staatsnähe als „Direktor Erziehung und Ausbildung“ vorzuwerfen.

Vier Professoren konnten nach altem Recht ihre Tätigkeit bis zur Pensionierung fortsetzen, auch mit Mitarbeitern. Ein Dozent ging in die USA in die Industrie.

Sieben Arbeitsverhältnisse endeten durch Auflösung, Kündigung und Vergleich (dem eine Kündigung vorausging). Unbekannt ist, bei wie vielen davon unwahre Angaben über eine Stasi-Tätigkeit eine Rolle spielten.

Insgesamt sind somit 12 von 32 Hochschullehrern aus sehr unterschiedlichen Gründen entlassen worden.

Aus dem Westen kamen sieben der Neuberufenen, womit die Ost-West-Bilanz 13:7 wäre. Allerdings ist einer der aus dem Westen berufenen Kollegen zunächst in Mecklenburg aufgewachsen, bis die Flucht der Eltern vor der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft ihn zur BASF und zur Freien Universität Berlin führten. Wo zählt er? Ost oder West? – Doch eher eine gesamtdeutsche Karriere.

Nach weiteren Stellenkürzungen verfügt die Chemie der HU heute über 16 Professuren, dennoch hat sich sehr gut entwickelt: Nachdem die Immatrikulationszahl von etwa 70 in den Jahren 1986 bis 1989 auf etwa 40 in den Jahren 1992 bis 1995 gesunken war, ist sie danach kontinuierlich gestiegen und liegt heute um die 100. Im Rating von Forschungsqualität und Effizienz des Wissenschaftsrats⁵⁾ hat die Chemie der HU mit sehr gut bis gut abgeschnitten und liegt damit über dem Bundesdurchschnitt. Die Struktur- und Berufungskommission muss also einiges richtig gemacht haben.

Joachim Sauer ist seit dem Jahr 1993 Professor für Theoretische Chemie an der Berliner Humboldt-Universität, an der er auch Chemie studierte (1967–1972), Assistent war (1972–1977) und promovierte (1974). Er ist auswärtiges wissenschaftliches Mitglied des Fritz-Haber-Instituts der MPG und war von 1992 bis 1996 Leiter der Max-Planck-Arbeitsgruppe Quantenchemie an der Humboldt-Universität. Den Dr. sc.-nat., der in der DDR die Habilitation ersetzte, erwarb er am Zentralinstitut für physikalische Chemie der Akademie in Berlin-Adlershof.

Literatur und Anmerkungen

- 1) H. Jancke, *Der Fall Radeglia*; *Mitteilungsbl. Fachgruppe Analytische Chemie* 2009 (2), 14–16.
- 2) W. Stiller, *Mein Leben in drei Geheimdiensten*; Ch. Links Verlag: Berlin, 2010.
- 3) BStU, MfS, KSII 48/83
- 4) T. Raiser, *Schicksalsjahre einer Universität*; Berlin-Verlag Arno Spitz: 1998.
- 5) *Steuerungsgruppe, Forschungsleistungen deutscher Universitäten und außeruniversitärer Einrichtungen in der Chemie Wissenschaftsrat*, Köln, 2007.

Weitere Literatur

- H. Fritzsche, *Flucht aus Leipzig*, Piper: München, 1990.
W. Meyer, *Theor. Chem. Acc.* 1998, 100, 3–4.

◆ „Manches, was nach westlicher Dominanz aussieht, ist eine Ost-Ost-Auseinandersetzung“

Nachrichten aus der Chemie: Herr Sauer, in Beiträgen in den Nachrichten aus der Chemie im Juli und im Oktober haben Frank Kuschel und Helmut Ringsdorf die Neustrukturierung der Wissenschaftslandschaft im Zuge der Wiedervereinigung kritisiert. Statt der erhofften Selbsterneuerung habe dieser Prozess zu undifferenzierten Bewertungen, ungerechtfertigt hohen Entlassungszahlen und einer Benachteiligung von Ostdeutschen bei der Besetzung von Stellen geführt.

Joachim Sauer: Eine detaillierte Betrachtung der Zahlen führt zu ganz anderen Schlussfolgerungen und zeigt: Wo West-Ost-Konflikte beschworen werden, handelt es sich um Ost-Ost-Konflikte. Strukturell ist in der Wissenschaft die Wiedervereinigung sehr gut gelungen – nach 20 Jahren spielen Universitäten und Forschungseinrichtungen in den neuen und alten Ländern in der gleichen Liga. Am Wissenschaftsstandort Adlershof arbeiten heute mehr Menschen als vor 1990 in den Akademieinstituten der DDR. Klar ist aber auch, dass der Prozess nicht jeder Person gerecht geworden ist oder werden konnte.

Nachrichten: Ist es aber nicht so, dass der Westen die Wiedervereinigung in der Wissenschaft dominierte?

Sauer: Nein, keineswegs. Ostdeutsche, frei gewählte Parlamente haben die Gesetze zur Hochschulerneuerung beschlossen. Ostdeutsche haben als Rektoren und Präsidenten – ich erinnere an die Chemiker Mehlhorn, TU Dresden, und Weiss, Leipzig, später Präsident der Hochschulrektorenkonferenz –, als Minister – Meyer in Sachsen, Olberz in Sachsen-Anhalt, Wanka erst in Brandenburg, nun in Niedersachsen –, und als Vorsitzende des Wissenschaftsrates – Schipanski – Verantwortung getragen. Manches, was nach westlicher Dominanz aussieht, ist eine Ost-Ost-Auseinandersetzung. An der Hum-

boldt-Universität haben ostdeutsche Selbsterneuerer die Westdeutsche Marlis Dürkop als Präsidentschaftskandidatin aufgestellt und damit die Wahl des Ostdeutschen Richard Schröder zum Rektor verhindert.

Nachrichten: Aber es ist doch eine Tatsache, dass nur ein Fünftel der Lehrstuhlinhaber an den Universitäten der neuen Bundesländer aus dem Osten stammt.

Sauer: Dieses Fünftel entspricht ziemlich genau dem Bevölkerungsanteil der Neuen Bundesländer. Verlangt man keinen Gebietschutz, könnte man damit ganz zufrieden sein.

Nachrichten: Allerdings nur, wenn das auch für westdeutsche Universitäten gälte.

Sauer: Beim Abzählen darf man die Ostdeutschen nicht vergessen, die schon vor 1989 im Westen Professuren besetzten – man trifft sie in fast jeder westdeutschen Chemiefakultät. Viele hatten noch vor dem Mauerbau die DDR verlassen, andere gelangten nach oft lebensgefährlicher Flucht wie der Physiker Harald Fritzsche oder Haft wie der Quantenchemiker Wilfried Meyer in den Westen, oder kehrten von Dienstreisen nicht zurück wie der Fluorchemiker Hasso Meinert. Für Berufungen nach 1990 in den alten Bundesländern kann die Frage nur lauten, ob eine qualifizierte Person übergangen wurde, weil sie aus dem Osten kam. Ich rate jedem, dass für sein engeres Fachgebiet zu überprüfen. Mir ist ein solcher Fall nicht bekannt, auch nicht bei der Berufung von Max-Planck-Direktoren. Ich kenne aber mehrere ostdeutsche Chemiker und Physiker, die nach 1990 an westdeutsche Einrichtungen berufen wurden, auch ein Max-Planck-Direktor ist darunter.

Nachrichten: Ist die Wiedervereinigung also allen gerecht geworden?

Sauer: Leider nicht. Ich denke dabei aber an andere Personen als an

die Kollegen Kuschel und Ringsdorf.

Nachrichten: Zum Beispiel?

Sauer: Zum Beispiel an diejenigen, die sich für ein „staatsnahes“ Studium wie Jura interessiert hätten, sich aber dem politischen Druck in diesen Fächern nicht beugen wollten. So standen wir im Herbst 1989 fast ohne ostdeutsche Juristen da, die sich nicht kompromittiert hatten. Worauf wir leider nicht gekommen sind, war eine Schnellausbildung für benachteiligte ostdeutsche Bewerber. Da Juristen aus dem Westen zur Verfügung standen, war der Druck für solch eine revolutionäre Lösung nicht groß genug.

Nachrichten: Ist der wissenschaftlich Einigungsprozess insbesondere denen nicht gerecht geworden, die nicht – so wie Sie – jung genug waren, um die neuen Möglichkeiten nutzen zu können?

Sauer: Ja und dazu gehörten zum Beispiel Rainer Radeglia und Siegfried Hoffmann. Trotz großer Anstrengungen und immensen persönlichen Einsatzes Westdeutscher, konnten weder die Universitäten noch die außeruniversitären Einrichtungen jedem Wissenschaftler, der ohne Fehl und Tadel die Diktatur durchlebt, den Mauerfall ersehnt und die Einheit freudig begrüßt hatte, eine ihm gemäße Perspektive bieten. Das hing natürlich mit der großen Zahl der Stellen zusammen, die sich auch die DDR trotz geringer Gehälter und schlechter materieller Forschungsausstattung eigentlich längst nicht mehr leisten konnte. Es bedrückt mich, dass viele verdiente Wissenschaftler, die bald pensioniert wurden, feststellen mussten, dass ihre Rente ein Bruchteil der eines Westkollegen beträgt, und schlimmer noch, auch klein gegenüber der eines „sozialistischen Kadern“ ist, der Sondervergütungen der DDR angerechnet bekam.



Für Joachim Sauer ist der Wiedervereinigung „die Wiedervereinigung sehr gut gelungen“. (Foto: Peter Himsel)